

INHALT

1. SPD, Grüne und SSW steigern vor allem die Bürokratieausgaben
2. Bei der Inklusion ist noch kein Konzept der Landesregierung erkennbar
3. Korruptionsregister erfüllt nicht seinen Zweck
4. Regierungsfaktionen verhindern Arbeitszeiterfassung für Lehrkräfte
5. Kein Platz für Antisemitismus

10.09.2014

SPD, Grüne und SSW steigern vor allem die Bürokratieausgaben Ministerpräsident Albig verweigert Debatte über Haushaltsentwurf der Landesregierung



Oppositionsführer Johannes Callsen

Seit Monaten erzählt Ministerpräsident Torsten Albig den Menschen in Schleswig-Holstein, seine Regierung gebe so viel für Bildung aus wie keine vor ihr. Auch die sinkenden Investitionen – vor allem in Straßenbau und -sanierung begründet er gegenüber den Menschen mit dieser Schwerpunktsetzung.

In der heutigen Plenardebatte wiesen die Oppositionsfaktionen anhand der Zahlen nach, dass diese angebliche Prioritätensetzung sich im Haushaltsentwurf für 2015 nicht wiederfindet.

„Ihre Landesregierung setzt mit diesem Haushalt folgende Schwerpunkte: Weniger Investitionen! Nicht mehr für die Bildung! Aber mehr Bürokratie! Das ist der Dreisatz dieser Landesregierung!“, erklärte CDU-Fraktionschef und Oppositionsführer Johannes Callsen.

Seit 2012 habe die Albig-Regierung die Gesamtausgaben um mehr als zehn Prozent erhöht. Die Bildungsausgaben verharren auf dem Niveau von 2012. „Gemessen am Anteil der

Gesamtausgaben sinken sie sogar. Was bei Ihnen seit 2012 um mehr als 10 Prozent gestiegen ist, das sind die Verwaltungsausgaben!“, so Callsen.

Trotz Steuermehreinnahmen von 400 Millionen Euro sei darüber hinaus die Absenkung der Investitionsquote auf magere 6,7 Prozent vorgesehen. Dafür sollten die Ausgaben für Naturschutz um über 21 Prozent steigen.

Die Menschen fragten zu Recht, wo die ganzen Steuermehreinnahmen blieben. Generationengerechtigkeit heiÙe eben nicht, die Steuereinnahmen von heute zu verplempern, sondern sie sinnvoll in Bildung, Wirtschaft, Wissenschaft und Verkehr und damit in Perspektiven der Menschen zu investieren!

Mit dem mangelhaften Inklusionskonzept und der Reform der Lehrerausbildung drohten weitere Mehrkosten, die im Haushalt überhaupt nicht berücksichtigt seien. Den Hochschulen werde ihr Anteil an den freiwerdenden Bafög-Mitteln des Bundes verwehrt. Callsen: „Damit schaden Sie nicht nur den jungen Menschen, sondern auch unserem Wirtschaftsstandort.“

Auch bei den großen Infrastruktur-Projekten trete das Land auf der Stelle: Es gebe keinen Weiterbau der A 20 westlich der A 7, kein Vorankommen bei der westlichen Elbquerung, keine Planung für den Ersatzbau der Rader Hochbrücke und bei der Fehmarnbelt-Querung baue die Landesregierung mit ihrem Denkmalschutzgesetz neue Hürden für die Sundbrücke auf. „Mit ihrer Selbstfindungsphase zur A20 haben sich die Grünen bei den Menschen monatelang lächerlich gemacht, um dann ein Konzept vorzulegen, das 20 Jahre alt und nichts anderes als ein plumper Versuch ist, die westliche Elbquerung zu verhindern“, so Callsen.

Schleswig-Holstein stehe kurz vor einem Verkehrsinfarkt. Wer jedoch im Haushalt nach den Mitteln für die LandesstraÙen suche, der entdecke den nächsten Finanz-Krater.

Auch im Hinblick auf die Mittelstandsförderung sei der Haushalt ein Armutszeugnis der Wirtschaftspolitik. Mit ihrer ganzen Regelungswut in Mittelstand, Handwerk und Landwirtschaft zeige die Koalition ihr tiefes Misstrauen gegenüber der Eigenverantwortung der Menschen.

„Sie trauen den Menschen in Schleswig-Holstein nichts zu! Das ist die Wahrheit! Bei den ganzen neuen Kontrollen, Berichtspflichten und Auflagen ist es doch kein Wunder, dass ausgerechnet die Verwaltungskosten im Haushaltsentwurf weiter gestiegen sind!“, so der CDU-Fraktionschef.

Ministerpräsident Torsten Albig griff nicht in die Debatte ein. Dies kommentierte Callsen gemeinsam mit dem FDP-Fraktionsvorsitzenden Wolfgang Kubicki:

„Offensichtlich ist Albig die Wahrheit so peinlich, dass er darüber nicht reden möchte. Es sieht so aus, als habe sich Torsten Albig aus der Politik verabschiedet.“

Link zur Rede des CDU-Fraktionsvorsitzenden:

http://www.cdu.ltsh.de/content/presse/pressemitteilungen/2014-09-10_Johannes_Callsen_4535.html

Bei der Inklusion ist noch kein Konzept der Landesregierung erkennbar CDU kritisiert Papier der Bildungsministerin



Heike Franzen, MdL

Bei ihrem Amtsantritt hatte Bildungsministerin Wende die Inklusion als Priorität bezeichnet. Ihr erst vor zwei Wochen vorgelegtes Papier war heute Thema im Landtag. CDU-Bildungsexpertin Heike Franzen zitierte aus einer Stellungnahme der Gewerkschaft „Erziehung und Wissenschaft“. Diese hatte das Wende-Papier wie folgt beschrieben: „Keine umfassende Beschreibung der Situation und der sich daraus ergebenden Schrittfolgen, fehlende Ressourcenplanung, fehlendes Konzept für die unterschiedlichen Professionen, fehlende Qualifikationsanforderungen für Schulassistenten/Schulbegleiter, Einsatz der Sonderschullehrkräfte/Zukunft der Förderzentren.“

„Frau Ministerin, man mag es kaum glauben, dass Sie für dieses Inklusionskonzept ganze zwei Jahre gebraucht haben“, sagte Franzen in ihrem Debattenbeitrag.

Die CDU-Bildungsexpertin schlug den Bogen zur Haushaltsdebatte vom Vormittag. Laut Haushaltsentwurf gebe es für das Schuljahr 2015/16 keine weiteren Stellen für Inklusion. Den von der Ministerin geplanten Aufbau der Schulischen Assistenz bezeichnete Franzen als „Sonderpädagogik light“. „Diese können die Fachlichkeit von Sonderpädagogen an unseren Schulen nicht ersetzen“, so die CDU-Abgeordnete.

Die Ausweitung der Schulpsychologen werde darüber hinaus mit Lehrerstellen finanziert und gehe so zu Lasten der Unterrichtsversorgung. Das Konzept – dessen Vorstellung Wende bereits zwei Mal verschoben hatte – sei auch noch nicht einmal fertig. Erst in diesem Schuljahr sollten Parameter zur Ressourcensteuerung entwickelt werden. Das gleiche gelte für die Aufgabenbeschreibung der neu zu bildenden „Zentren für inklusive Bildung“.

Wendes angebliches Bekenntnis zu Förderzentren sei ebenfalls fraglich. „Mit dem neuen Planstellenzuweisungsverfahren haben Sie diesen Schulen die Lehrkräfte entzogen. Jetzt unterrichten dort auch die Erzieherinnen und Erzieher, was gar nicht ihre Aufgabe ist“, so Franzen.

Mit der neuen Lehrerausbildung wolle die Bildungsministerin den Stundenanteil von Sonderpädagogen in den Schulen noch weiter reduzieren. Diese Lehrkräfte würden künftig bis zur Hälfte ihrer regelmäßigen Arbeitszeit auf Planstellen der allgemeinbildenden Schulen eingesetzt. An den Grundschulen und in der Sekundarstufe I gelte das ab sofort. „Damit halbieren Sie die Stunden, die für die Sonderpädagogik zur Verfügung stehen. Das ist

unverantwortlich“, so Franzen.

Die CDU-Abgeordnete erinnerte noch einmal an das Inklusionskonzept ihrer Fraktion, über das SPD, Grüne und SSW nicht einmal beraten wollten. „Wir haben unser Konzept vor den Sommerferien vorgelegt. Ihr Konzept, Frau Ministerin, halten wir nicht für tragfähig!“, so Franzen.

Link zur Rede von Heike Franzen:

http://www.cdu.ltsh.de/content/presse/pressemeldungen/2014-09-10_Heike_Franzen_4537.html

Korruptionsregister erfüllt nicht seinen Zweck CDU fordert Ende mittelstandsfeindlicher Politik



Hartmut Hamerich, MdB

Im November letzten Jahres verabschiedete die Landesregierung das "Gesetz zur Einrichtung eines Registers zum Schutz fairen Wettbewerbs". Dieses Gesetz war im Vorwege von der Union scharf kritisiert worden. Auch hatten der Generalstaatsanwalt, sowie das Landeskriminalamt vor dem erheblichen bürokratischen Aufwand gewarnt.

In der heutigen Debatte hatte die Fraktion der FDP dieses Thema erneut auf die Agenda gesetzt.

„Korruption schadet der Gesellschaft. Eine effektive Korruptionsbekämpfung und Prävention wäre demnach im Sinne aller!“, mit diesen Worten eröffnete Hartmut Hamerich, wirtschaftspolitischer Sprecher der CDU-Fraktion, seine Rede in der heutigen Debatte.

Das von der rot/grün/blauen Landesregierung geschaffene Gesetz sei dafür allerdings ungeeignet. Die Ausgestaltung des Gesetzes sei bisher hoch problematisch, weil bereits Verdachtsmomente registriert würden und zu Sanktionen führten. Dabei würden fundamentale rechtsstaatliche Grundsätze außer acht gelassen.

„Mit Ihrem Registergesetz haben Sie keinen einzigen Schritt in die richtige Richtung getan, die Korruption in Schleswig-Holstein wirklich zu bekämpfen. Ich jedenfalls kann keinen Rückgang der Korruption auf Grundlage Ihres Gesetzes erkennen. Vielmehr muss nach über einem Jahr Registergesetz und zwei Jahren mittelstandsfeindlicher Politik in Schleswig-Holstein konstatiert werden: Sie haben im Land und bei den Kommunen erheblich mehr Bürokratie

geschaffen und das ohne vorzeigbares Ergebnis im Sinne einer Verbesserung für die Menschen“, so Hamerich.

Link zur Rede von Hartmut Hamerich:

http://www.cdu.ltsh.de/media/2014-09-10_Pressemeldung_4536.pdf

Regierungsfractionen verhindern Arbeitszeiterfassung für Lehrkräfte CDU enttäuscht über kategorisches Nein der Koalition

Eine wissenschaftliche Erhebung sollte Erkenntnisse über die tatsächliche Arbeitszeit von Lehrkräften liefern. Die Regierungsfractionen stellten sich – selbst nach einem Änderungsantrag – jedoch demonstrativ gegen den Vorstoß aus der Opposition. Nach dem heutigen Nein von SPD, Grünen und SSW zum Parlamentsantrag der FDP wird es auch in naher Zukunft keine Arbeitszeiterfassung an Schulen geben. Während die Oppositionsfractionen geschlossen für den Antrag stimmten, stellte Bildungsministerin Prof. Waltraud Wende in der Debatte unmissverständlich klar, dass sie keinen Sinn einer solchen Erhebung sehe.

Die bildungspolitische Sprecherin der CDU-Fraktion, Heike Franzen, zeigte sich enttäuscht über das kategorische Nein von SPD, Grünen und SSW. In ihrem Debattenbeitrag hatte sie zuvor die Initiative der FDP begrüßt: „Der Ansatz der FDP ist richtig, denn eine ehrliche Erhebung der tatsächlichen Arbeitszeit ist notwendig und sinnvoll, um über Maßnahmen zur Entlastung von Lehrkräften am Arbeitsplatz zu beraten.“

Link zur Rede von Heike Franzen:

http://www.cdu.ltsh.de/media/2014-09-10_Pressemeldung_4539.pdf

Kein Platz für Antisemitismus Landtag stellt sich einstimmig hinter CDU-Initiative

Nach den Ausschreitungen der vergangenen Monate im Zusammenhang mit dem Gaza-Konflikt hat heute der Landtag die antisemitischen Äußerungen und Handlungen auf das Schärfste verurteilt und klar gestellt, dass es für Antisemitismus keinen Platz in Schleswig-Holsteins gebe. Die Initiative hatte zuvor die CDU-Fraktion ergriffen und mit den anderen Fraktionen einen gemeinsamen Parlamentsantrag erarbeitet, der einstimmig angenommen wurde.

„Die Meinungsfreiheit ist ein hohes Gut. Aber: Die Aufstachelung zum Hass gegen Menschen und Gruppen ist keine Meinung. Sie ist unerträglich! Sie ist abstoßend! Sie ist nicht zu akzeptieren! Hetze gegen Bevölkerungsgruppen hat in unserem Land nichts zu suchen“, stellte CDU-Fraktionschef Johannes Callsen klar. Prävention sei in allen Bereichen wichtig, nicht nur am rechten Rand.

Die Piraten-Fraktion brachte ergänzend einen Antrag ein, mit dem der Fokus zusätzlich auf das Thema „Islamphobie“ gelegt werden soll. Dieser soll weiter im Ausschuss beraten werden.

Interfraktioneller Antrag:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/2100/drucksache-18-2174.pdf>

Redebeitrag des Fraktionsvorsitzenden Johannes Callsen:

http://www.cdu.ltsh.de/media/2014-09-10_Pressemeldung_4540.pdf

V.i.S.d.P
CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag
Dirk Hundertmark, Pressesprecher
Tel.: 0431/988-1440
dirk.hundertmark@cdu.ltsh.de